

Blindenmarkt, 25. 9. 2013

**STELLUNGNAHME ZUR
DIENSTRECHTSNOVELLE 2013 – Pädagogischer Dienst**

Ich möchte mich entschieden gegen die Dienstrechtsnovelle 2013 wenden. Als Begründung dafür ist anzumerken:

1. Die Novelle ist praxisfern. Sie nimmt keinerlei Rücksicht auf die Gegebenheiten des Lehrberufs. Mehr Stunden zu unterrichten bedeutet mehr Klassen zu haben und daher weniger Zeit für den einzelnen Schüler / die einzelne Schülerin aufbringen zu können.
2. Vor allem in den sogenannten Schularbeitsfächern ist die Arbeitsbelastung schon jetzt so groß, dass viele Kolleginnen und Kollegen unter Lohnverzicht weniger unterrichten. Eine finanzielle Abgeltung ist der falsche und von den Betroffenen nicht gewünschte Weg.
3. Die beiden oben genannte Punkte führen zu einem Qualitätsverlust, der nicht wettzumachen ist.
4. Die masterwertige Ausbildung sollte für alle Lehrerinnen und Lehrer Voraussetzung sein.
5. Lehrerinnen und Lehrer mit Ausbildung an einer Pädagogischen Hochschule an einem ORG oder an einer BHS anzustellen, obwohl sie dort nicht unterrichten dürfen, ist ein „für dumm verkaufen“ aller Eltern.
6. Fächer unterrichten zu müssen, für die keine spezielle Ausbildung gemacht wurde, ist eine Zumutung für alle Betroffenen (Lehrer, Lehrerinnen, Schüler, Schülerinnen).
7. Mit der Einführung einer fünfjährigen Befristung für Direktoren und Direktorinnen wird der politischen Willkür, die ohnehin schon schlimm genug ist, weiter Tür und Tor geöffnet.
8. Die vorgesehene Induktionsphase ist für Jungelhrer und Jungelhrerinnen nicht machbar! 24 Stunden qualitativ zu unterrichten, 24 Stunden vorbereiten, hospitieren, nebenbei noch Lehrgänge an der PH besuchen und ein Masterstudium abschließen, ist schlicht und einfach unmöglich!
9. Eine leistungsbezogene Bezahlung wäre ein Anreiz eines neuen Dienstrechts, tatsächlich werden alle finanziellen Zuwendungen bei Ausübung einer Zusatztätigkeit (Klassenvorstandstätigkeiten, Kustodiatsarbeiten...) gestrichen. Begleitung und Leitung von Sportwochen, Projektwochen, Sprachreisen ... ohne finanzielle Abgeltung werden wohl nicht mehr stattfinden.

Für mich zeigt diese Novelle wie wenig Menschen, die eigentlich für das Wohlergehen ihrer Bevölkerung zuständig sind, sich tatsächlich für sie interessieren – nämlich gar nicht. Es wird ein Papier verfasst, das fern jeder Arbeitsrealität ist und dann wird es noch ohne Zustimmung der Arbeitnehmervertretung zur Begutachtung geschickt.

Das ist einer funktionierenden Demokratie nicht würdig!

Mag. Helga Heindl